

# ***KEINE Abtreibung bis zur Geburt!***





## Die 1000plus-Petition

Im April 2021 haben wir die 1000plus-Petition „KEINE Abtreibung bis zur Geburt“ auf den Weg gebracht. Über 60.000 Menschen haben mit uns die Stimme erhoben und bis zum Ende des Jahres die Petition unterschrieben.

Alle Abgeordneten des Deutschen Bundestags wurden per Brief über die Petition informiert.

Vielen Dank, dass Sie diese Petition zu einem solchen Erfolg gemacht haben!



## Wie es zur Petition kam

Aus der offiziellen Petitions-Ankündigung im April 2021 auf 1000plus.net:

*Im Namen angeblicher Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit kämpft ein Netzwerk linker und linksextremer Aktivisten, Organisationen, Medienschaffender und Politiker seit Jahren für die Streichung der §§ 218 und 219 StGB. Mit Blick auf die kommenden Bundestagswahlen im Herbst 2021 wird dieser Kampf seit einigen Monaten erbitterter und härter geführt als je zuvor.*

*Obwohl das Bündnis schon eine ganze Weile besteht, glauben seine Akteure mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen offenbar, dass ihre große Stunde gekommen ist. Man hat beschlossen, aufs Ganze zu gehen: Am 8. März dieses Jahres ging eine breit angelegte Kampagne unter dem Titel „Weg mit § 218“ an den Start. Die Kampagne besteht aus „Aktionstagen“, „Frauen\*kampf-Tagen“, „Maiprotesten“ und vielem mehr.*

*Auch eine gleichnamige Petition „Weg mit § 218“ gehört zum Programm. Darin heißt es unter anderem, es sei „ein Skandal, dass der Strafrechtsparagraf 218 zur Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs jetzt seit 150 Jahren in Kraft ist. Noch heute ist Abtreibung nur nach einer Zwangsberatung und innerhalb der ersten 12 Wochen straffrei, aber nicht ‚legal‘. Das Recht auf Abtreibung muss endlich gewährt werden. Wir brauchen völlige Straffreiheit!“*

*Dass sich mit den GRÜNEN, weiten Teilen der SPD und der Partei DIE LINKE sogar Parteien diesen Forderungen anschließen, die sich auf dem Fundament unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung wähen, ist schockierend.*

*Denn „Weg mit § 218“ und „völlige Straffreiheit“ bedeutet nichts anderes als die Auslieferung von Schwangeren in Not an den Druck durch äußere Umstände und Personen bis zum Ende des 9. Schwangerschaftsmonats und zugleich die vollständige Legalisierung der Abtreibung ihrer ungeborenen Kinder bis zur Geburt.*



*Deshalb haben wir uns entschieden, alles uns Mögliche zu unternehmen, um diesen historischen Angriff auf Schwangere in Not, ihre Familien und ihre ungeborenen Kinder zu verhindern.*

*Mit Hilfe einer umfassenden Informationsoffensive wollen wir Frauen im Schwangerschaftskonflikt eine Stimme geben, von ihren realen Lebensumständen berichten und ihren tatsächlichen – nicht den von Aktivisten und Medien zugeschriebenen – Erwartungen und Wünschen Ausdruck verleihen.*

*Wir möchten alle Menschen guten Willens in diesem Land mobilisieren, die mit uns KEINE ABTREIBUNGEN BIS ZUR GEBURT wollen. Wir möchten den politisch Verantwortlichen in Deutschland, insbesondere den Mitgliedern des neu zu wählenden Deutschen Bundestages eine deutliche Botschaft schicken:*

*So sehr eine linkserichtete politische Minderheit dies auch behaupten mag: Es gibt KEINE MEHRHEIT und KEINE DEMOKRATISCHE LEGITIMATION für die Streichung der §§ 218 und 219 StGB und die Legalisierung der Abtreibung bis zur Geburt in Deutschland!*

*Bitte stellen Sie sich mit uns an die Seite von hunderttausenden Schwangeren in Not und an die Seite ihrer ungeborenen Kinder!*

*Bitte lassen Sie uns alles unternehmen, um die letzte, totale Aushöhlung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit von schwangeren Frauen in Not zu verhindern.*

*Bitte lassen Sie uns für das unveräußerliche Recht ungeborener Kinder eintreten, weiterleben zu dürfen!*



Das war der Text der 1000plus-Petition „KEINE Abtreibung bis zur Geburt“:

1. *Die Tötung eines ungeborenen Kindes, das bereits außerhalb des Mutterleibes lebensfähig wäre, ist ein unerträgliches und schreiendes Unrecht!*
2. *Eine vollständige Legalisierung der Abtreibung bis zur Geburt würde Schwangere in Not über die 12. Woche hinaus bis zum Ende des 9. Monats einem geradezu unmenschlichen Druck durch äußere Umstände und Personen aussetzen, die sie zur Abtreibung drängen.*
3. *Mit der Streichung der Beratungspflicht werden Schwangere in Not einer Chance beraubt, einen konstruktiven Weg aus ihrem Entscheidungskonflikt zu finden und konkrete Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen. Objektive Informationen, ehrliche Beratung und konkrete Hilfsangebote machen selbstbestimmte und freie Entscheidungen überhaupt erst möglich.*

*Deshalb fordern wir die Mitglieder des neu gewählten Deutschen Bundestages auf:*

1. *Bitte stemmen Sie sich gegen jeden Versuch, die §§ 218 und 219 StGB zu streichen und bitte stimmen Sie gegen jeden Gesetzesvorschlag, der die explizite und implizite Legalisierung der Tötung ungeborener Kinder bis zur Geburt zur Folge hat!*
2. *Bitte prüfen und evaluieren Sie sämtliche staatlichen und nicht-staatlichen Beratungsangebote und stellen Sie fest, ob diese den Ansprüchen und Erwartungen von Schwangeren in Not – AUS SICHT DER BERATENEN FRAUEN – gerecht werden.*
3. *Bitte stellen Sie sicher, dass sämtliche staatlichen und nicht-staatlichen Beratungsangebote auf dem Fundament des Grundgesetzes beraten und den in §219 StGB Abs. 1 formulierten gesetzlichen Auftrag erfüllen: „Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens. Sie hat sich von dem Bemühen leiten zu lassen, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen...“*

## Und das hat die Petition erreicht\*

### Wer hat sie unterschrieben



**62.496 Personen** haben unsere Petition „KEINE Abtreibung bis zur Geburt“ unterzeichnet



**1.337 Unterschriftenbögen** wurden eingereicht



**764 Personen** haben Unterschriften für Schwangere in Not gesammelt



**152 Unterschriftenlisten** wurden in Kirchengemeinden und Klöstern für die Petition gesammelt

### Was hat sie bewegt



**118.999 mal** wurde unsere Petitions-Homepage im Internet aufgerufen



**88.027 mal** wurden Newsletter zu unserer Petition geöffnet



**Unzählige Gespräche** über Schwangere in Not und ihre ungeborenen Kinder wurden von der Petition inspiriert



**Immer mehr Medien** berichten darüber, dass eine Streichung des §218 StGB Abtreibung bis zur Geburt bedeuten würde.

\*Stand: 3. Mai 2022; 17:27 Uhr